

## **Protokoll**

### **Sprechstunde für Einwohnerinnen und Einwohner von Herrn Oberbürgermeister Dr. Kornblum im Stadtbezirk 130 Mitte am 24. Juni 2025 von 18:00 bis 19:30 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig**

Herr Oberbürgermeister Dr. Kornblum begrüßt die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner sowie Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke. Er stellt die anwesenden Verwaltungsvertreter Herrn Stadtrat Dr. Pollmann, Herrn Stadtbaurat Leuer, Herrn Wirtschaftsdezernent Leppa, Herrn Gekeler (Fachbereichsleiter Umwelt und kommissarischer Dezernent VIII) sowie Frau Wiegmann und Herrn Beddig (Bezirksgeschäftsstelle Mitte) vor. Anschließend bittet Herr Dr. Kornblum um Wortmeldungen.

#### **Alkoholverbot am Kiosk im Magniviertel und in Folge dessen wildes Urinieren an der Hecke zum Museum**

Ein Bürger thematisierte den Alkoholkonsum am Kiosk im Magniviertel und in Folge dessen wildes Urinieren an der Hecke zum Museum. Zwar seien die Tische zwischenzeitlich entfernt worden, der Alkoholkonsum sei aber weiterhin zu verzeichnen.

Herr Dr. Pollmann bestätigt, dass aufgrund mehrerer Beschwerden festgestellt wurde, dass der Kiosk zwar über eine große Freisitzfläche mit Sondernutzungserlaubnis verfügt und dort Getränke ausschenkt, jedoch weder eine Schankwirtschaft angemeldet noch eine Gaststättenanzeige vorgenommen hat. In der Vergangenheit hatten die Betreiber ausdrücklich bestätigt, dass kein Verzehr an Ort und Stelle stattfindet.

Die Betreiber wurden vom Ordnungsamt bereits zur Untersagung des unerlaubten Gaststättenbetriebs angehört, sie sind anwaltlich vertreten. Die Freisitzfläche wurde zwischenzeitlich geräumt und eine Beschilderung angebracht, die auf das Verzehrerbot vor Ort hinweist. Der Anwalt hat zwischenzeitlich die Erstattung einer Gaststättenanzeige angekündigt. OB Dr. Kornblum weist darauf hin, dass auch wildes Urinieren mit Bußgeldern geahndet werden. Es werde weitere Kontrollen geben.

#### **Wunsch nach einem neuen Bootssteg im Rimpaus Garten**

Ein Bürger schildert, dass der bisher genutzte Bootssteg im Rimpaus Garten nicht mehr existiert. Die alternative Einstiegsstelle am Löwenwall sei unpraktisch, da der Zugang bergauf und über eine Steintreppe erfolgt, was für manche Boote problematisch ist, da das Material beschädigt werden könnte. Er schlägt vor, die Einstiegsstelle zu verbessern, etwa durch Holzplanken, die das Boot besser ins Wasser gleiten lassen könnten, da die vorhandene Bootsrolle eher eine Stolperfalle darstellt.

Herr Gekeler erklärt, dass der Steg im Rimpaus Garten entfernt wurde, weil er nicht mehr stabil war und der Eigentümer sich gegen eine Restaurierung entschieden hat. Als Wasserbehörde musste sichergestellt werden, dass öffentlich zugängliche Stege in ordnungsgemäßem Zustand sind. Der Steg war privat, aber öffentlich zugänglich, und da er nicht mehr sicher war, wurde er entfernt. Herr Gekeler erwähnt, dass es etwa ein Dutzend andere öffentliche Einstiegsstellen entlang der Oker gibt, darunter auch im Bürgerpark, die

jedoch weiter entfernt sein können. Er nimmt die Anregung mit, die Einstiegsstelle am Löwenwall zu überprüfen und möglicherweise zu verbessern, etwa durch Holzplanken, um den Zugang zu erleichtern.

Der Bürger antwortet zum Steg im Bürgerpark, dass bei diesem die Kante zu hoch ist, um ein Boot ins Wasser zu lassen oder auszusteigen, und sieht diesen Ort eher als Aufenthaltsbereich denn als Bootseinstiegsstelle. Herr Gekeler wird sich die Situation vor Ort ansehen. Ein neuer Steg im Rimpaus Garten sei verwaltungsseitig nicht geplant.

### **Maßnahmen (z. B. Sitzbänke oder Grünpflege) zur Aufwertung von Viewegsgarten/Bebelhof**

Eine Bürgerin fragt nach den möglichen Maßnahmen (z. B. Sitzbänke oder Grünpflege) zur Aufwertung von Viewegsgarten/Bebelhof.

Herr Gekeler erklärt, dass der Viewegsgarten 2021 im Kernbereich modernisiert wurde, basierend auf Entscheidungen des Stadtbezirksrats Mitte und des Rates der Stadt Braunschweig. Der Fachbereich Stadtgrün führte die Arbeiten durch, insbesondere im Bereich des Spielplatzes. Die umliegenden Wege wurden bewusst ausgespart, da größere Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Kurt-Schumacher-Straße bevorstehen. Daher werden dort derzeit nur Gefahrenstellen beseitigt (ohne neue Bänke oder umfassende Erneuerungen). Der Bereich befindet sich in einer Übergangsphase zwischen bereits abgeschlossenen und zukünftigen Projekten.

### **Unrechtmäßiges Abstellen von Elektrorollern**

Ein Bürger berichtet von den Schwierigkeiten, die er als Elektrorollstuhlfahrer mit den überall in Braunschweig herumliegenden Elektrorollern hat. Diese Roller blockieren häufig Bürgersteige, Fahrradwege und landen sogar in Hecken, was ihn zwingt, sie beiseite zu räumen, um den Gehweg nutzen zu können. Obwohl spezielle Abstellflächen für die Roller eingerichtet wurden, werden diese nicht genutzt. Dies führt zu erheblichem Unmut, insbesondere bei älteren Menschen, die dadurch in ihrer Mobilität eingeschränkt werden. In anderen Städten seien die E-Roller bereits wieder verboten worden.

OB Dr. Kornblum erklärt, dass die Stadt Elektroroller nicht verbieten kann, da dies Sache des Bundes ist. Braunschweig habe früh spezielle Parkplätze eingerichtet und einen finanziellen Anreiz geschaffen, indem bei nicht korrekt geparkten Rollern die Mietzeit weiterläuft. Der Bürger äußert Zweifel daran, dass die Nutzer tatsächlich für das unsachgemäße Abstellen der Roller zahlen müssen.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die 29 eingerichteten Parkflächen für Elektroroller in der Innenstadt gut genutzt werden. Dennoch gebe es Verstöße, etwa durch verkehrsbehindernd abgestellte Roller. In solchen Fällen leitet die Stadt Ordnungswidrigkeitsverfahren ein. Insgesamt zeige die Maßnahme eine deutliche Verbesserung.

Herr OB Dr. Kornblum bittet darum, dass Fotos von herumliegenden Elektrorollern im Mängelmelder hinterlegt (<https://mitreden.braunschweig.de/maengelmelder>) oder direkt an das Ordnungsamt geschickt werden.

Ein weiterer Bürger bezweifelt die Wirksamkeit der Abstellregelungen für Elektroroller, insbesondere in Außenbezirken wie der Hamburger Straße. Er ist skeptisch, ob Nutzer tatsächlich zur Verantwortung gezogen werden. OB Dr. Kornblum betont, dass die Stadt im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten handelt und die Regelungen im Innenstadtbereich gut funktionieren. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die Regelungen für Elektroroller wegen der hohen Fahrtenzahl zunächst in der Innenstadt umgesetzt wurden. Die Ausweitung auf andere dicht besiedelte Bereiche wird geprüft. Wichtig seien Vereinbarungen mit Anbietern,

da diese nicht durch die Straßenverkehrsordnung verpflichtet sind. Verbote, wie in Paris und London, sieht er nicht als beste Lösung an.

### **Sachstand beim Projekt Bahnhofsquartier (Umbau der Kurt-Schumacher-Straße und Umgebung)**

Ein Bürger erkundigt sich nach dem Sachstand beim Projekt Bahnhofsquartier.

Stadtbaurat Leuer berichtet über Fortschritte im Bahnhofsquartier an der Kurt-Schumacher-Straße. Trotz komplexer Gutachten nähert sich das Projekt der Zielgeraden. Der Bebauungsplan soll noch dieses Jahr ausgelegt und im Herbst vorgestellt werden. Der Abschluss des Verfahrens ist für 2026 geplant, danach folgt die bauliche Umsetzung. Zusammenarbeit mit Partnern, insbesondere der Bahn, ist entscheidend.

Der Bürger äußert Interesse an der zeitlichen Perspektive der Entwicklung des Bahnhofsquartiers, da er als Gewerbetreibender erwägt, in die neuen Räumlichkeiten zu ziehen. Ohne klare zeitliche Angaben macht es für ihn wenig Sinn, eine Veränderung zu planen. Daher fragt er nach konkreten Informationen zum Zeitrahmen des Projekts.

Herr Leuer gibt an, dass der zeitliche Horizont für die Feststellung des Bebauungsplans im Bahnhofsquartier das Jahr 2026 ist. Er kann jedoch nicht genau vorhersagen, wann die bauliche Umsetzung durch die Partner beginnen wird.

### **Fahrradstraße in der Adolf-/Böcklerstraße**

Ein Bürger fragt mit Blick auf den verbesserungswürdigen Straßenzustand, wann Bauarbeiten für die Fahrradstraße in der Adolf-/Böcklerstraße beginnen.

Herr Leuer berichtet, dass das Projekt sich in der Ausschreibungsphase befindet, nachdem die Planungsphase abgeschlossen wurde. Wenn die Ausschreibung ein wirtschaftliches Angebot hervorbringt, könnte der Baubeginn im November 2025 erfolgen. Er erwähnt, dass Leitungsarbeiten Teil des Projekts sind, was eine Bauzeit bis mindestens Mitte 2026 erfordert. Ziel ist es, eine ordentliche Situation im Bereich zu schaffen, und die Bauarbeiten sollen bald beginnen.

OB Dr. Kornblum bestätigt auf Nachfrage, dass bei Bauarbeiten in der Stadt versucht wird, die Arbeiten verschiedener Behörden und Dienstleister zu koordinieren, um unnötiges Aufreißen von Straßen zu vermeiden.

### **Architekturwettbewerb BOMA+**

Ein Bürger stellt Fragen zum Architekturwettbewerb BOMA+, darunter zu Vorgaben, Zielen (z. B. Aufenthaltsqualität, Grünflächen, Verkehrsräume) und kulturellen sowie sozialpolitischen Aspekten. Er kritisiert die Botschaft der Schlossarchitektur und regt eine integrativere Gestaltung an. Zudem fragt er nach öffentlicher Beteiligung, der Rolle der geplanten Ausstellung und der Möglichkeit eines parallelen Wettbewerbs für Kunst im öffentlichen Raum.

Der OB betont die Notwendigkeit, den zentralen Platz und die umliegende Architektur zu modernisieren, da die Massivität des Baukörpers und in hohem Maße versiegelte Flächen nicht mehr zeitgemäß sind. Ziel ist eine durchlässige, attraktive Gestaltung, die das Magniviertel mit der Innenstadt verknüpft. Der kooperative Architekturwettbewerb soll kreative Ideen liefern, die Politik, Bürger und die Volksbank einbinden. Beteiligungsformate und die Einbindung städtischer Experten sind geplant. Der Bürger fragt nach einem soziokulturellen Ansatz.

Herr Leppa erläutert die Innenstadtstrategie, auf der die Maßnahmen aus dem Förderprogramm "Resiliente Innenstädte" basieren, mit Fokus auf Wirtschaft, Klima und Kultur. Ziel ist eine vielfältige Nutzung der Innenstadt, ergänzt durch Grünflächen und kulturelle Angebote. Die Volksbank kann ihr Gebäude neu gestalten, wobei Handelsflächen reduziert werden. Zusätzliche Maßnahmen hängen von politischen Entscheidungen und der Volksbank ab.

Der OB betont Braunschweigs umfangreiche Maßnahmen zur Innenstadtattraktivierung, wie Stiftshöfe, Gewandhaus und Hagenmarkt, zur Steigerung der Aufenthaltsqualität. Kulturelle Nutzungen werden eingebunden. Trotz finanzieller Grenzen bleibt Bürgerbeteiligung zentral.

Herr Leuer erklärt den dialogorientierten Wettbewerb zur Neugestaltung des zentralen Platzes. Die erste Phase umfasst Stadt- und Freiraumplanung mit Bürgerbeteiligung, die zweite den Hochbau. Ziel ist ein attraktiver, klimafreundlicher Platz mit weniger Verkehrsflächen und einer Verbindung historischer und moderner Elemente.

Auf erneute Nachfrage zur politischen und kulturellen Botschaft des zentralen Platzes antwortet OB Dr. Kornblum, dass die Debatte über das Schloss abgeschlossen ist und keine Änderungen am Schloss selbst geplant sind.

### **Verkehrssituation am Steinweg**

Eine Anwohnerin des Steinwegs äußert ihre Besorgnis über die nächtliche Unruhe in der Innenstadt, die sich im Sommer verschlimmert hat. Sie spricht von Autorennen und lauten Autos und beklagt, dass trotz Diskussionen und Berichterstattung in der Braunschweiger Zeitung keine Maßnahmen ergriffen wurden, um die Situation zu verbessern. Sie fragt, wann Schritte unternommen werden, um ein ruhigeres Leben in der Innenstadt zu ermöglichen.

OB Dr. Kornblum erklärt bezüglich der Autoposer-Szene, dass die Stadt zusammen mit der Polizei Schwerpunktaktionen durchführt, wie beispielsweise am Bohlweg. Der OB betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Polizei.

Herr Leuer erklärt, dass Tempo 30 am Theaterbereich bereits umgesetzt wurde, am Steinweg jedoch bisher nicht gerechtfertigt war. Er bietet an, das Thema erneut zu prüfen und verdeckte Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen. Der OB betont, dass die Stadt Geschwindigkeitsbegrenzungen aufstellen kann, die Durchsetzung jedoch Aufgabe der Polizei ist. Schwerpunktkontrollen könnten am Steinweg geprüft werden.

OB Dr. Kornblum sagt eine Rückmeldung zu.

### **Verkehrssituation in der Vorwerksiedlung**

Der Bürger beklagt sich über die Verkehrssituation in der Vorwerksiedlung und die mangelnde Reaktion der Stadt auf seine Anliegen.

OB Dr. Kornblum weist darauf hin, dass die Vorwerksiedlung nicht zum Stadtbezirk Mitte gehört, bittet aber gleichwohl um die konkrete Frage.

In der Diskussion zwischen dem Bürger und dem OB äußert der Bürger seine Bedenken über die Verkehrssituation in der Vorwerksiedlung, insbesondere auf der Wiener Straße. Er möchte wissen, ob die Straße als Durchfahrts- oder Siedlungsstraße betrachtet wird, um entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Der Bürger kritisiert, dass keine Blitzer vorhanden sind und vermutet, dass die Verkehrssituation zugunsten der VW-Mitarbeiter geschützt wird. Der OB weist darauf hin, dass es keine rechtsfreien Räume gibt. Unterstellungen gegen Mitarbeitende der Stadtverwaltung seien nicht hilfreich. Er betont, dass die Stadt engagiert arbeitet und rechtlich zugängliche Maßnahmen ergreift. Der Bürger zeigt Unzufriedenheit mit

der bisherigen Kommunikation. OB Dr. Kornblum sagt eine Prüfung zu, ob auf der Wiener Straße Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt wurden.

## **Innenstadtentwicklung**

Ein Bürger fragt, welche Maßnahmen es gibt, um die Innenstadt wieder mit Leben zu füllen und dem Leerstand entgegenzuwirken.

Der OB erläutert die aktuellen Herausforderungen und Initiativen zur Umgestaltung der Innenstadt, die durch das veränderte Einkaufsverhalten der Menschen und den zunehmenden Online-Handel beeinflusst werden.

Um dem entgegenzuwirken, investiert die Stadt erhebliche Mittel, um große Leerstände zu beseitigen und die Innenstadt zu revitalisieren. Für bedeutende Leerstände wie das ehemalige Karstadt-Gebäude am Gewandhaus und die Burggasse wurden bereits Lösungen gefunden. Beispielsweise plant die Familie Knapp gemeinsam mit der Stadt eine hohe zweistellige Millionensumme in das geplante Haus der Musik zu investieren, um mehrere Probleme gleichzeitig zu lösen: die Sanierung der Musikschule, die Belebung der Innenstadt und die Nutzung des Leerstands. Die Burggasse wird durch das Projekt "Stiftshöfe" ersetzt, das ein Hotel, eine Schulerweiterung und Wohnnutzungen umfasst.

Ein gemeinsamer Architekturwettbewerb mit der Volksbank BraWo soll die Umfeldgestaltung und das Gebäude von BOMA+ verbessern. Der OB betont, dass solche Projekte nur in Zusammenarbeit mit Immobilienbesitzern möglich sind, da die Stadt selbst wenig Einfluss auf Mietpreise hat, die oft noch zu hoch sind. Die Stadt ist im ständigen Austausch mit Händlern und Verbänden, um Verbesserungen zu erzielen und städtische Nutzungen in die Innenstadt zu verlagern, wie die Musikschule, um die Attraktivität der Innenstadt zu steigern. Der OB sieht diese Maßnahmen als Teil einer umfassenden städtebaulichen Strategie zur Belebung der Innenstadt.

Herr Leppa berichtet über Maßnahmen zur Belebung der Braunschweiger Innenstadt und Reduzierung von Leerständen. Die Stadt berät Immobilienbesitzer und hofft auf eine Verbesserung der Situation im zweiten Halbjahr. Während die Kernbereiche lebendiger sind, leiden Randbereiche unter sinkenden Besucherzahlen, was teils zu Umnutzungen führen könnte. Veranstaltungen wie die Kulturnacht und der Nachtlauf sollen Einzelhandel und Gastronomie stärken, unterstützt durch Social Media und Plakatwerbung. Zudem gibt es einen Fonds für Initiativen von Anliegern. Projekte wie das Kindervarieté oder das Sweet Art Festival können bis zu 5.000 Euro Förderung erhalten.

Das Landesförderprogramm „Resiliente Innenstädte“ mit einem Gesamtetat von 12 Millionen Euro wird von einer Steuerungsgruppe koordiniert, die Vertreter aus Wirtschaft, Sozial- und Umweltbereichen einbindet. Der Erfolg hängt jedoch von engagierten Personen und Unternehmen ab. Informationen zur Innenstadtentwicklung werden über Social Media und braunschweig.de bereitgestellt.

## **Einheitlicher Veranstaltungskalender**

Ein Bürger würde es begrüßen, wenn es für die Stadt und die Region einen einheitlichen Veranstaltungskalender geben würde.

Herr Leppa berichtet über den zentralen Veranstaltungskalender, der seit über 20 Jahren besteht, aber von Veranstaltern wenig genutzt wird, obwohl das Einpflegen kostenlos ist. Die Stadt trägt größere Events selbst ein und teilt die Datenbank mit der Allianz für die Region. Künstliche Intelligenz könnte künftig helfen, Eintragungen zu erleichtern, trotz Herausforderungen wie Urheberrechtsfragen. Herr Leppa hofft auf eine stärkere Nutzung durch Veranstalter.

## **Haus der Musik**

Eine Bürgerin fragt mit Blick auf die vergangene Presseberichterstattung, ob das Projekt „Haus der Musik“ feststehe.

Herr OB Dr. Kornblum spricht über den Fortschritt eines Projekts, das darauf abzielt, einen großen Leerstand in der Innenstadt zu beseitigen und gleichzeitig die Innenstadt zu beleben. Er erklärt, dass das Projekt auf einer breiten Mehrheit im Stadtrat basiert, insbesondere nachdem eine Lösung mit der Familie Knapp gefunden wurde, die sowohl den Leerstand als auch die Belebung der Innenstadt adressiert.

Das Projekt soll auch einen Ort schaffen, der für verschiedene Musikrichtungen und Aktivitäten offen ist und die Innenstadt auch außerhalb von Konzerten belebt. Dr. Kornblum hebt die Bedeutung der Unterstützung durch private Spender hervor und betont den Respekt vor dieser Großzügigkeit. Er erklärt, dass ein Gesamtkonzept entwickelt wird, das dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden soll, und hofft auf eine große Mehrheit für das Projekt.

## **Kunst am Bau**

Ein Bürger sorgt sich, dass die Stadt durch Anmietung statt Eigenbau weniger in Kunst am Bau investiert. Der OB betont, dass Kunst wichtig bleibt und das Gesetz "Kunst am Bau" bei öffentlichen Projekten angewendet wird, wo möglich. Bei privaten Bauprojekten, wie im BraWo Park, hat die Stadt jedoch keinen Einfluss. Herr Leppa verweist auf Initiativen wie die der Volksbank zu Kunst an Gebäuden und betont die Vielfalt der Kunst im öffentlichen Raum, auch ohne direkte städtische Verantwortung.

I. A.  
gez.  
Beddig